



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 28. Sitzung des Ausschusses
für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde
am 09.05.2012, 18:15 Uhr,
in der Rathauspassage Eberswalde, Konferenzraum,
3. Etage, Breite Straße 39, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 27. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 11.04.2012
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
- Stand der Bearbeitung Gebührenkalkulation für Kindertagesstätten
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Vorstellung des Kita-Profiles der Kita "Gestiefelter Kater" und des Hortes "Kinderinsel" durch die Kita-Leiterin Frau Schmidt
11. Diskussion zur Verfahrensweise - Gebührenkalkulation Sport

12. Diskussion über Satzungsänderungen (Verpflegungskostenpauschale)
13. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
14. Schließung der Sitzung

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Hoeck, Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport (ABJS), begrüßt alle Anwesenden zur 28. Sitzung des ABJS und eröffnet die Sitzung um 18:15 Uhr.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Hoeck stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der ABJS beschlussfähig ist. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind **acht Stadtverordnete** anwesend (**Anlage 1**).

Es werden folgende Stadtverordnete vertreten: Frau Dr. Brauns durch Herrn Wrase, Frau Büschel durch Herrn Sachse.

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 27. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 11.04.2012

Schriftliche Einwendungen gegen die Niederschrift der 27. Sitzung des ABJS vom 11.04.2012 liegen nicht vor. Mündliche Einwendungen werden nicht vorgetragen.

Die Niederschrift wird **mehrheitlich bestätigt** (6 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen).

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Der Tagesordnung wird **einstimmig zugestimmt**.

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Herr Hoeck berichtet über die Problematik der Hausaufgabenhilfe im Hort „Kinderinsel“, die über einen Antrag im Sprecherrat „Soziale Stadt“ für dieses Jahr zumindest erst einmal abgesichert wurde. Frau Schmidt wird in der zweiten Jahreshälfte darüber berichten, wie die Unterstützung lief und wie der Stand bzw. der aktuelle Bedarf dann aussieht. Es wird ein Verlängerungsantrag gestellt, so dass eine Realisierung bis 2014 gesichert ist.

Des Weiteren teilt Herr Hoeck mit, dass sich am 03.05.2012 die drei Ausschussvorsitzenden der Ausschüsse: Kultur, Senioren und Integration (AKSI), Bau, Planung und Umwelt (ABPU) und Bildung, Jugend und Sport (ABJS) sowie Herr Landmann getroffen haben, um über die geplante gemeinsame Sitzung zu beraten. Im Ergebnis der Beratung wurde vereinbart, dass nur der AKSI und der ABJS gemeinsam tagen werden. Der ABPU hat auf eigenen Wunsch hin geäußert nicht dabei zu sein, es sei denn, der Bedarf entsteht noch. Themen werden sein, die Sozialstudie Brandenburgisches Viertel und das hoffentlich bis dahin vorliegende Verstetigungskonzept. Der anvisierte Termin für die gemeinsame Sitzung ist der 16.10.2012, wo auch planmäßig der AKSI getagt hätte. Der Sitzungsort muss noch geklärt werden (evtl. Familiengarten oder Bürgerzentrum). Der Sitzungstermin für den ABJS am 10.10.2012 entfällt dafür.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

Herr Landmann gibt folgende Informationen:

1. Derzeit wird an der Gebührenkalkulation für Kindertagesstätten gearbeitet, wobei es verwaltungsintern gewisse Schwierigkeiten gibt. Es geht darum, dass die Abschreibungen als Kosten in die Kostenkalkulation mit einfließen müssen und die Ermittlung dieser Abschreibungssummen, die hier in den Kindertagesstätten relevant sind, noch andauern. Dies ist in der gesamten Verwaltung ein Kapazitätsproblem, da nur eine Mitarbeiterin dafür zuständig ist. Die Verwaltung hat für die Beschlussvorlage als Termin den Monat September anvisiert.
2. In Bezug auf das Sportstättenentwicklungskonzept gab es mit der beauftragten Firma Planwerk ein erstes Arbeitsgespräch. Im Vorfeld wurde durch die Verwaltung bereits darüber informiert, dass sich dbzgl. eine Arbeitsgruppe gebildet hat in der sich auch Vertreter aus dem Landkreis Barnim befinden, wie z. B. der Kreissportbund, der die Interessen der Sportvereine mit repräsentieren soll. Die Arbeitsgruppe wird sich demnächst zu einer ersten Beratung zusammenfinden. Außerdem wird fortlaufend Kontakt zur beauftragten Firma

gehalten und es wird demnächst eine Besichtigungstour durch die Sportstätten geben, um die Sportstätten besser kennenzulernen. Des Weiteren ist angedacht, die Sportvereine mit einzubeziehen. Die Verwaltung wird daher eine Auftaktveranstaltung organisieren zu der dann die Vertreter aller Sportvereine eingeladen werden, um über das Vorhaben, die Inhalte und die Vorgehensweisen zu informieren. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Konzeption Anfang nächsten Jahres fertiggestellt ist, um dann eine politische Entscheidung herbeizuführen.

Frau Ladewig gibt folgende Information:

Mit Beginn der Sommerferien werden planmäßig in der Kita „Villa Kunterbunt“ die geplanten Baumaßnahmen durchgeführt. Eltern, deren Kinder derzeit im Krippen- und Kindergartenbereich betreut werden, haben dann in den ersten drei Sommerwochen die Möglichkeit, ihre Kinder in der Kita „Nesthäkchen“ betreuen zu lassen. Die Kinder der Vorschulgruppe und des Hortes werden im Hort „Kleiner Stern“ betreut. Für die letzten drei Ferienwochen ist dann geplant, die Kinder aus dem Krippen- und Kindergartenbereich weiter in der Kita „Gestiefelter Kater“ betreuen zu lassen, da in der Zeit in der Kita „Gestiefelter Kater“ die reguläre Schließzeit vorgesehen ist. Die Hortkinder und die Vorschulkinder verbleiben in dieser Zeit im Hort „Kleiner Stern“. Die Elternversammlungen sind dbzgl. in dieser Woche angelaufen.

TOP 8

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9

Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

Herr Wrase fragt, warum es nie einen nicht öffentlichen Teil gibt. Selbst im Finanzausschuss, wenn keine Tagesordnungspunkte vorgesehen sind, gibt es die Möglichkeit, seine Anfragen im nicht öffentlichen Teil zu stellen.

Herr Hoeck erklärt, dass sich hier im Ausschuss schon mehrfach darüber unterhalten wurde und die Ausschussmitglieder sind zu dem Schluss gekommen, dass der nicht öffentliche Teil äußerst selten gebraucht wurde. Sollte etwas planmäßiges Nichtöffentliches eingereicht werden, findet selbstverständlich auch ein nicht öffentlicher Teil statt. Sollte jemand eine unvorhersehbare oder dringende Anfrage für den nicht öffentlichen Teil haben, wird im öffentlichen Teil darüber abgestimmt einen nicht öffentlichen Teil einzuberufen, was bisher immer gut geklappt hat.

Frau Schostan möchte wissen, ob beabsichtigt ist einen Plan B zu entwickeln, wenn die Bau-
maßnahmen über diese sechs Wochen hinaus gehen und die anderen Einrichtungen dann
wieder gebraucht werden.

Frau Ladewig geht momentan davon aus, dass in diesen sechs Wochen alle die Arbeiten
erledigt werden, die den Betrieb in dem Haus beeinträchtigen würden, alles andere kann
dann erfolgen.

Herr Zaumseil bezieht sich auf einen Presseartikel, in dem es um ca. 64 fehlende Kita-Plätze
in der Stadt Eberswalde ging. Er fragt, ob die dort genannten Ängste berechtigt sind und was
den Eltern gesagt wird die Angst haben müssen, keinen Kita-Platz zu bekommen.

Herr Landmann sagt, dass dies ein Dauerthema sei und seit langer Zeit bekannt ist, dass der
Stadt Eberswalde in dieser Größenordnung immer wieder Kita-Plätze fehlen. Das Problem
kann derzeit nicht geregelt werden, da in den Kitas an der Kapazitätsgrenze mit Ausnahme-
genehmigungen gearbeitet wird. Herr Landmann weist auf die neue Kita hin, die gerade erst
in der Altstadt eröffnet wurde und auf die geplante Kita im Bürgerbildungszentrum. Folgt man
außerdem der Kita-Entwicklungsplanung des Landkreises Barnim wird die Verwaltung kapazi-
tätsmäßig in den nächsten Jahren, nach Eröffnung der Kita im Bürgerbildungszentrum, kei-
ne Probleme haben. Der Umgang mit den Eltern ist ein anderes Problem und muss von Fall
zu Fall betrachtet werden. Herr Landmann bittet Frau Ladewig um Ergänzung.

Frau Ladewig erklärt, dass die zuständigen Sachbearbeiterinnen Einzelgespräche anbieten
und auch durchführen. Vorrangig werden Kinder mit Rechtsanspruch betreut, wo die Eltern
arbeiten sind. Außerdem wird mit den Eltern gesprochen die zu Hause sind und evtl. eine
Betreuung auch über die Großeltern realisieren können.

Herr Jede fragt an, ob der Spielplatz im Stadtteil Finow an der Straße des Friedends/Wolfs-
winklerstraße ein städtischer Spielplatz ist. Sollte dies der Fall sein, wäre es dann möglich,
diesen einzuzäunen, um zu verhindern, dass Kleinkinder nicht in Kontakt mit Hunden kom-
men.

Herr Landmann kann momentan keine Auskunft zum Sachverhalt geben, er wird die Anfrage
in der nächsten Sitzung beantworten.

Herr Zinn bittet um die Beantwortung seiner schriftlichen Anfragen/Anregungen.

Herr Landmann bittet Frau Ladewig, die Anfragen und Anregungen zu beantworten.

Frau Ladewig weist zunächst darauf hin, dass die beiden Anfragen/Anregungen von Herrn
Zinn heute vor Sitzungsbeginn an alle Ausschussmitglieder ausgeteilt wurden. Anschließend
beantwortet Frau Ladewig die Anfragen wie folgt:

Zu Anfrage 1: Die Arbeitgeberin Stadt Eberswalde hat mit der Arbeitnehmervertretung - Personalrat - beschlossen, dass die Stadtbediensteten im Jahr 2012 vier Brückentage in Anspruch nehmen können, die durch Urlaub oder Mehrstunden abzuleisten sind. Diese Regelung betrifft auch zwei Einzeltage, den 30.04.2012 und den 18.05.2012. Beide Tage sind auch gleichzeitig schulfreie Tage. Im Team wurde dazu beraten und die Mitarbeiter äußerten den Wunsch, den Jugendclub nicht an beiden schulfreien Tagen zu schließen, sondern nur am 30.04.2012. Am 18.05.2012 bleibt der Club dann geöffnet, um den Kindern wenigstens an einem Tag die Möglichkeit zu geben, den Club zu besuchen. Damit die Kinder rechtzeitig über den Termin informiert sind, wurden am 25.04.2012 diverse Aushänge getätigt und es wurde zusätzlich mit den Kindern und Jugendlichen, die den Jugendclub frequentieren, gesprochen. Außerdem gab es eine Presseinformation, in der angekündigt wurde, wann der Club geöffnet bzw. geschlossen hat. Am 02.05.2012 erhielten wir von den Kindern und Jugendlichen die Rückinformation, dass diese Regelung so in Ordnung war.

Zu Anfrage 2: Derzeit liegen keine Beschwerden zur Skateranlage vor. Es hatte sich vor ca. drei Wochen eine Anwohnerin gemeldet, die sich durch den Lärm belästigt fühlte. Die zuständige Leiterin des Jugendclubs suchte daraufhin die Anwohnerin persönlich auf. In einem Gespräch konnten dann die angesprochenen Unstimmigkeiten geklärt werden. Frau Ladewig teilt des Weiteren mit, dass sie heute persönlich mit dem Zuständigen der Polizei zur Problematik gesprochen hat, ihm liegen auch derzeit keine Beschwerden vor. Frau Ladewig bittet Herrn Zinn, sofern er Beschwerdeführer kennt, diese mit Namen und Anschrift mitzuteilen, um entsprechende Gespräche führen zu können.

Herr Zinn sagt, er habe ebenfalls mit dem zuständigen Revierpolizisten das Gespräch geführt. Außerdem müsse davon ausgegangen werden, dass die Revierstreifenwagen nicht von Eberswalde, sondern von Bernau aus geführt werden und die Telefonate, die dort bei der Polizei auflaufen, häufen sich. Es wäre sinnvoll, hier ein klares Signal zu setzen.

Des Weiteren findet Herr Zinn die Betrachtungsweise der Verwaltung zur Frage der Schließung des Jugendclubs zu locker und zu leger. Außerdem ist die Schließung des Jugendclubs an vier hintereinanderliegenden Tagen kein gutes Signal, bei den schon knapp bemessenen Angeboten, die im Brandenburgischen Viertel zu diesen Zeiten vorhanden sind.

Herr Hartmann findet den Zeitplan für das Sportstättenentwicklungskonzept zu lang. Das bedeutet, es wird erst im nächsten Jahr über diese Dinge gesprochen, dann kommen natürlich für 2013 auch keine Investitionen mehr in den Haushalt für die Sportstätten rein. Insofern sollte versucht werden, den Zeitplan enger zu stricken, damit das Konzept schneller auf den Tisch kommt, um intensiver über diese Dinge sprechen zu können.

Herr Landmann sagt, dies sei bereits mit dem beauftragten Büro besprochen worden. Ganz realistisch muss aber eingeschätzt werden, dass es nicht schneller geht. Außerdem sollen die Sportvereine mit einbezogen und die Sportstätten in Augenschein genommen werden.

Des Weiteren beabsichtigt die Verwaltung, eine Bevölkerungsumfrage zu machen, die ebenfalls eine gewisse Zeit dauert. Herr Landmann wird noch einmal in der nächsten Sitzung über den genauen Zeitablauf und über die einzelnen Schritte schriftlich informieren.

Herr Hartmann fragt an, ob die Kita „Sonnenschein“ in der Zwischenzeit voll funktionsfähig ist.

Frau Ladewig hat von der Bauverwaltung die Information erhalten, dass sich die Baumaßnahmen höchstwahrscheinlich bis in den September reinziehen werden. Es gibt baustatische Probleme im Haus 2 und dementsprechend sind noch diverse Nacharbeiten zu tätigen. Die Betreuungssituation konnte dahingehend realisiert werden, in dem die Genehmigung des Landesjugendamtes für die Eisenbahnstraße 100 weiterhin vorliegt. Herr Landmann informierte bereits in der letzten Sitzung darüber, dass die Genehmigung für das Gebäude in der Eisenbahnstraße 100 für die Hortnutzung bis zum Ende des Schuljahres 2015/2016 vom Landkreis Barnim vorliegt, um somit auch die Hortsituation an der Grundschule „Bruno H. Bürgel“ etwas zu entschärfen. Der Umzug in das Haus 2 ist für Ende August/Anfang September geplant.

Herr Hartmann erkundigt sich nach der Kostensituation, da das Gebäude Eisenbahnstraße 100 nicht mehr der Stadt gehört.

Frau Ladewig erklärt, es wurde zwischen der Stadt Eberswalde und dem Landkreis Barnim eine kostenfreie Nutzung (Miete) des Gebäudes in der Eisenbahnstraße 100 vereinbart. Es werden nur die verursachten Betriebskosten durch den Nutzer getragen.

TOP 10

Vorstellung des Kita-Profiles der Kita "Gestiefelter Kater" und des Hortes "Kinderinsel" durch die Kita-Leiterin Frau Schmidt

Herr Hoeck begrüßt Frau Schmidt und bittet um das Wort.

Zunächst stimmt Frau Schmidt, Leiterin der Kita „Gestiefelter Kater“ und des Hortes „Kinderinsel“, die Ausschussmitglieder mit ein paar Impressionen - aus dem jüngsten Wohngebiet der Stadt Eberswalde - auf die Profile beider Einrichtungen ein. Anschließend stellt sie anhand einer Powerpoint-Präsentation die Profile der beiden Einrichtungen ausführlich vor. Die Ausführungen liegen dem Protokoll als **Anlage 2** bei.

Die in der anschließenden Diskussion gestellten Fragen werden durch Frau Schmidt und die Verwaltung beantwortet.

Herr Hoeck bedankt sich bei Frau Schmidt für die Ausführungen.

TOP 11

Diskussion zur Verfahrensweise - Gebührenkalkulation Sport

Herr Hoeck erinnert an die letzte Sitzung, in der es bereits eine Information zu diesem Thema mit einer Präsentation der Kalkulation gab. In diesem Zusammenhang verweist Herr Hoeck auf die letzte Seite mit den Vergleichen, die heute von der Verwaltung als Austauschseite an die Ausschussmitglieder ausgeteilt wurde. Die Verwaltung hatte in der letzten Sitzung vorgeschlagen, die Gebühren insgesamt so zu belassen bis auf die Kegelbahn, die zu erhöhen sein. Die Austauschseite war notwendig, da bei der Kegelbahn ein Berechnungsfehler zu Grunde lag. Mit der Austauschseite ergibt sich für die Kegelbahn die Konsequenz, dass auch dort die Gebühren so bleiben könnten, wie sie aktuell sind. Das heißt, im Jahr 2009 wurde die aktuelle Gebührenkalkulation beschlossen und es wurde gesagt, dass sie zunächst zwei Jahre gelten soll, danach sollte sich erneut im Ausschuss über die Gebührenentwicklung verständigt werden. Die Verwaltung schlägt vor, die Gebührensatzung so zu belassen, wie sie derzeit ist.

Herr Sache erinnert daran, unter welchem Gesichtspunkt überhaupt Gebühren für die Nutzung von städtischen Sportstätten eingeführt worden sind, nämlich unter dem Aspekt, dass die Nutzer den Wert ihrer Sportstätte auch erkennen können. Zum Zeitpunkt der Einführung der Gebühren war es nicht die Zielstellung, eine Kostendeckung zu erreichen. Herr Sachse warnt deshalb davor, dies evtl. zur Zielstellung zu machen. Es könnten damit die Sportler aus den Einrichtungen eher vertrieben werden.

Herr Landmann bedankt sich für die wertvolle Anregung. Als Ergänzung erläutert er noch einmal kurz, wie sich der Landkreis Barnim unter diesem Aspekt politisch bewegt hat. Des Weiteren erinnert Herr Landmann an die letzte Sitzung, wo er bereits darauf hinwies, dass alles unter dem Aspekt der Aufgabenkritik zu betrachten sei. So hatte das Fachamt im Rahmen des vorhandenen Budgets geprüft und es ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die derzeitige Gebührenerhebung für die Nutzung der städtischen Sportstätten für die nächsten zwei Jahre durch die Verwaltung noch getragen werden könnte.

Herr Hartmann denkt, dass hier ein ganz wichtiger Punkt gesetzt wird, der auch evtl. öffentlich gemacht werden sollte. Die Konsequenzen der letzten Gebührenerhöhung sahen einfach so aus, dass die Vereine teilweise ihre Beiträge um 50 % erhöhen mussten. Damit ist eine gewisse Grenze für die Mitglieder erreicht. Sollte in den nächsten Jahren eine extreme Gebührenerhöhung im politischen Raum anstehen muss den Ausschussmitgliedern auch klar sein, dass den Sporttreibenden dadurch Steine in den Weg gelegt werden, vor allem im Breitensport. Insofern regt er an, dass dies möglichst nicht das Ziel der Fraktionen sein sollte.

Nach eingehender Diskussion hält Herr Hoeck fest, die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, vorerst die momentan geltende Gebührensatzung so zu belassen.

TOP 12

Diskussion über Satzungsänderungen (Verpflegungskostenpauschale)

Frau Ladewig nimmt Bezug auf den Entwurf „1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Eberswalde für die Benutzung der Kindertagesstätten städtischer Trägerschaft“, der allen Ausschussmitgliedern per Post mit den Unterlagen zugesandt wurde. Des Weiteren wurde heute für alle Ausschussmitglieder ausgeteilt, der Entwurf „1. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung der Stadt Eberswalde für die Benutzung der Kindertagesstätten städtischer Trägerschaft“. Anschließend erläutert Frau Ladewig die Satzungsentwürfe. Hinsichtlich des Ablaufes hat die Verwaltung geplant, heute die beiden Satzungsentwürfe nur vorzustellen. Bis zur Juni-Sitzung sollten dann die Satzungsentwürfe in den Fraktionen diskutiert werden. Die Verwaltung würde dann in der Juni-Sitzung die Anregungen mit aufnehmen, so dass für September/Oktober eine entsprechende Beschlussvorlage erarbeitet werden kann und die Verpflegungskostenpauschale ab 01.01.2013 in Kraft treten könnte.

Frau Hildebrand hat eine Anfrage zur Spitzabrechnung. Es heißt, Eltern, die dies in Anspruch nehmen wollen, müssten dann bis zum Folgejahr im Februar einen Antrag auf Rückerstattung der Kosten stellen. Sie fragt sich, wie das funktionieren soll und wer dort den Überblick hat.

Frau Ladewig erklärt, in den Kitas werden nach wie vor die monatlichen Verpflegungslisten geführt. Anschließend werden die monatlich gemeldeten Zahlen der Gebührenberechnungsstelle mitgeteilt und dort gesammelt. Sollten die Eltern der Meinung sein, sie haben zu viel Geld bezahlt, wird dies noch einmal kontrolliert und dann erfolgt die Spitzabrechnung.

Frau Hildebrand möchte des Weiteren wissen, ob der organisatorische Aufwand überschaubar ist oder ob er dadurch immens zunehmen wird, auch für die Mitarbeiterinnen des Amtes.

Frau Ladewig sagt, der Aufwand ist für die Mitarbeiterinnen genauso, wie vorher auch. Natürlich war es auch das Anliegen der Verwaltung beim Verwaltungsaufwand zu sparen, aber es war nicht das Hauptanliegen. Das Hauptanliegen war, den Kindern die Teilhabe am Bildungspaket zu ermöglichen, um ein warmes Mittagessen einnehmen zu können.

Frau Schostan bedankt sich bei der Verwaltung, weil sie nun doch den Vorschlägen der Eltern Rechnung getragen hat.

In Bezug auf die Gebührensatzung hat Frau Schostan eine Anfrage. Zum § 16 (1) erklärte Frau Ladewig, dass dort die Gesamtabnahme für alle Kinder enthalten war und jetzt etwas aufgeweicht wurde für die Allergikerkinder. Sie hat jetzt Sorge mit der Formulierung, da diese nur für die Allergikerkinder oder für besondere Sachen gemacht werden sollte. Außerdem kann sie nicht verstehen, warum es so pauschalisiert wurde auf alle Kinder.

Frau Ladewig erklärt, hier wurde der alte Satzungstext verwendet und wir haben hier die

Vereinbarung mit den Leiterinnen der Kindertagesstätten, dass durch das Team vor Ort, wirklich nur die Ausnahmen, bei denen es begründet ist, genehmigt werden.

Herr Landmann erinnert an die damalige Diskussion, in der viele Gründe für Ausnahmefälle genannt wurden. Es wurde dann festgestellt, dass all diese Gründe in einem Satzungstext explizit nicht geregelt werden können. Deshalb denkt er, dass eine allgemein geregelte Fassung gut ist.

Herr Zinn hat eine Anfrage zur Sachverhaltsdarstellung. Es steht dort das ca. 600 Kinder an der Mittagsversorgung über das Bildungspaket teilhaben könnten, es nehmen dies aber nur ungefähr 100 Kinder in Anspruch. Er möchte wissen, wer begleitet und wer öffnet die Türen bei diesen Fällen? Müssen dies die Kitas regeln, oder macht es das städtische Amt oder nutzen wir extra eine Beratungsstelle dafür, um die betroffenen Eltern aufzuklären, was für Möglichkeiten sie haben oder ist nach wie vor die Scheu da, weil die Eltern es nicht verstehen.

Frau Ladewig erklärt, dass laut der Benutzungssatzung die Gebührenberechnung in den Monaten von Januar bis März/April erfolgt. Eltern, die einen Kita-Platz in Anspruch nehmen, sind dazu verpflichtet, die entsprechenden Bescheide nachzuweisen. Die beiden Gebührenberechnerinnen des Amtes machen parallel zur Ermittlung des Einkommens, was ja Grundlage für die Grundgebühr ist und die dann durch die Eltern zu tragen ist, eine so genannte Bedarfsberechnung. Außerdem beraten die Gebührenberechnerinnen die Eltern, die einen Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket haben. Den Weg dorthin und das Ausfüllen des Antrages müssen die Eltern selbst machen.

Herr Hartmann hat zwei kritische Punkte. Es wurde der Aufwand der Verwaltung nicht gesenkt, denn diese Spitzabrechnung muss wie bisher getan werden. Zweitens sollte es in Richtung Solidarpakt gehen. Dies wurde von den Eltern eindeutig abgelehnt.

Herr Landmann gibt Herrn Hartmann Recht, der Solidarpakt hat sich leider nicht durchgesetzt.

Frau Ladewig fügt hinzu, in dem neuen Absatz 5 § 3 der Spitzabrechnung werden die 100 % Preise für Frühstück, Vesper und Obst zu Grunde gelegt. Es wird nur die Mittagsverpflegung weiter mit 1,80 EUR unterstützt werden und dafür zahlt die Stadt den Zuschuss.

Frau Schostan findet diesen Punkt, der jetzt mit reingenommen wurde, gut. Die Eltern haben jetzt die Möglichkeit, durch ihre Abrechnung irgendwann ein paar Euro wieder zurückzubekommen.

Herr Jede hat selbst zwei Kinder in der Kita und er kann aus eigener Erfahrung sagen, dass es bisher nie Probleme bei der Abrechnung gab, auch nicht bei der Abmeldung des Essens bis 08.00 Uhr.

Herr Hoeck bittet die Ausschussmitglieder, die beiden Entwürfe in ihren Fraktionen zu diskutieren, da diese Thematik noch einmal in der nächsten Sitzung auf der Tagesordnung stehen wird.

TOP 13

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

TOP 14

Schließung der Sitzung

Herr Hoeck schließt die Sitzung um 19:40 Uhr.

gez. Martin Hoeck
Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung, Jugend und Sport

gez. Berg
Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender:**
Martin Hoeck

- **Stellvertreter des Vorsitzenden:**
Günter Schumacher

- **Ausschussmitglied:**

Dr. med. Christel Brauns	vertreten durch Herrn Wrase
Sabine Büschel	vertreten durch Herrn Sachse
Ronny Hartmann	
Nicky Nerbe	
Hans Pieper	
Angelika Röder	entschuldigt
Monique Schostan	
Andreas Wutskowsky	entschuldigt

- **sachkundige Einwohner/innen:**

Anja Bunge	entschuldigt
Kerstin Hildebrand	
Viktor Jede	
Madlen Karbe	unentschuldigt
Elke Lewerenz	
Ingo Rätz	
Axel Siekmann	
Ulrich Wessollek	unentschuldigt
Jörg Zaumseil	
Rolf Zimmermann	entschuldigt

- **Ortsvorsteher/in:**
Carsten Zinn

- **Dezernent/in:**
Lutz Landmann

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung:**

Dennis Brzezinski	entschuldigt
Rainer Kriewald	entschuldigt

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen:**

Anke Bessel	
Kerstin Ladewig	
Dörthe Schmidt	zu TOP 10